

Der Militärputsch in Thailand und der Weg zurück zur Demokratie

Martin Friese

Es waren ungewohnte Szenen, die sich in den Tagen nach dem 19. September 2006 in der thailändischen Hauptstadt Bangkok abspielten – schwer bewaffnete Soldaten der 1. *Army Division* patrouillierten in den Straßen, Panzer bewachten Regierungsgebäude und öffentliche Plätze – umringt von schaulustigen Thais, die Erinnerungsphotos schossen. „Smooth as silk“ – Sanft wie Seide – eigentlich der Werbeslogan der nationalen Fluglinie *Thai Airways* – so gestaltete sich die Machtübernahme des Militärs unter General Sonthi Boonyaratglin nach Monaten der politischen Auseinandersetzungen zwischen der *People's Alliance for Democracy* (PAD) und Thaksin-Anhängern, nach einer zur Farce verkommenen Neuwahl und monatelangen Straßenprotesten in Bangkok und anderen Städten des Landes.

Reaktionen auf den Putsch

Während der Militärputsch vom Ausland einhellig verurteilt wurde, zeigten die spontanen Sympathiebekundungen der Bevölkerung Bangkoks, dass sie dem Putsch keineswegs so negativ gegenüberstand. Man kann davon ausgehen, dass der durchschnittliche Thai mehr an politischer

Stabilität, ehrlichen Politikern und einer guten Regierungsführung interessiert ist, als an einem Diskurs über Demokratie. Thaksin Shinawatra, der Milliardär und Politiker, war ohne Zweifel ein Phänomen. Er war ein „CEO-Premierminister“ mit Visionen, der Thailand wie ein Wirtschaftsunternehmen führte, und der sich im Gegensatz zu seinen Vorgängern als „Macher“, „Retter der thailändischen Wirtschaft“ und als „Mann des Volkes“ präsentierte (vgl. PASUK & BAKER 2004). Für die ländliche Bevölkerung und die einfachen Leute in den Städten ist Thaksin aufgrund seiner oft als „populistisch“ bezeichneten Förderprogramme bis heute ein Idol. In den Augen vieler Mittelklasse-Thais hingegen war Thaksin infolge seines autoritären Führungsstils, der von ihm betriebenen Außerkraftsetzung der demokratischen Kontrollinstanzen, zunehmender Korruptions- und Nepotismusvorwürfe sowie wegen seiner Fixierung auf das ländliche Elektorat zur Absicherung seiner Macht kaum noch tragbar. Mit dem steuerfreien Verkauf seines Familienunternehmens „Shin-Corporation“ nach Singapur verlor er in ihren Augen entgü-

tig sein Gesicht. Nach fast einem Jahr der Proteste gegen Thaksin hielt die gebildete Mittelschicht den Putsch zur Beendigung der Proteste daher auch für durchaus gerechtfertigt. Selbst Kritiker des Putsches sahen im Eingreifen der Armee letztlich das „kleinere Übel“, verglichen mit einer fortdauernden Regierung Thaksins (vgl. NELSON 2006).

Die „Ruhe nach dem Sturm“

Was aber hat sich seit dem Putsch getan und wie geht es weiter auf dem Weg zurück zur Demokratie? Wie nicht anders zu erwarten, blieb es nach der Legitimierung des Putsches durch den König zunächst einmal ruhig. Zwar gab es in den Wochen nach dem Putsch wiederholt Brandanschläge auf Schulen in Zentral-, Nord- und Nordostthailand, deren Verursacher unter enttäuschten Thaksin-Anhängern vermutet wurden (vgl. *The Nation* vom 15.03.2007). Auch die Hintergründe der Bombenanschläge von Bangkok und Nothaburi in der Silvesternacht 2006 konnten bislang nicht vollständig aufgeklärt werden. Im Großen und Ganzen gab es in den Wochen nach dem Putsch allerdings weder seitens der Wäh-



Panzer in Bangkok in den Tagen des Putsches

Quelle: <http://www.asiatraveltips.com/ThailandCoup2006/ThailandCoup2111.jpg>

lerschaft, noch aus dem Lager von Thai Rak Thai-Abgeordneten und ehemaligen Unterstützern Thaksins größere Proteste. Diese Ruhe nach dem Sturm lässt sich sicherlich nur teilweise mit den von der Junta verhängten Einschränkungen bei der Presse- und Versammlungsfreiheit erklären. Sie ist vielmehr typisch für thailändische Politik. Das primäre Interesse vieler Abgeordneter aus den Provinzen ist es, ihre Pfründe und den staatlichen Ressourcentransfer in ihre Wahlkreise zu sichern. Ihnen dürfte es letztlich egal sein, unter welchem Premierminister sie dienen und unter welchem Parteibanner sie sich ins Parlament wählen lassen. TRT-Abgeordnete verließen ihre Partei daher nach dem Putsch in Scharen, um im Falle eines Verbots von TRT einen fünfjährigen Bann zur Ausübung politischer Ämter zu umgehen (vgl. The Nation vom 30.09. und 03.10.2006). Auch die Wähler, die Thaksin 2005 immerhin zu einer Mehrheit von fast 61% verholfen hatten, schienen sich zunächst mit dem Putsch abgefunden zu haben. Für sie bedeutete die Absetzung Thaksins zwar den Verlust eines Hoffnungsträgers, da die Junta allerdings die „populistischen“ Programme Thaksins, wie etwa die 30 Baht Krankenversicherung oder den „*village fund*“ unangetastet ließ, verzichteten sie auf größere Proteste (vgl. CRISPIN 2007).

„Ent-Thaksinisierung“, neue Verfassung und Neuwahlen

Die Maßnahmen der Junta in den Monaten nach dem Putsch waren mit denjenigen früherer Putschs nahezu identisch (vgl. PASUK & BAKER 2002, S. 373ff.). Wie üblich organisierten sich die Putschisten in einem „Rat für demokratische Reformen“, der wenig später in einen „council“, dem sogenannten „Rat für nationale Sicherheit (CNS)“ umbenannt wurde. Zwei Wochen nach dem Putsch trat eine Übergangsverfassung in Kraft, die der Junta außerordentliche Kontrollgewalten über die Exekutive einräumte. Eine zivile Regierung wurde eingesetzt und Chulanont Surayud, ein Vertrauter des Königs und unter Chuan Leekpai Armeechef, wurde als Premierminister vereidigt. Neuwahlen wurden innerhalb eines Jahres versprochen. Besonderes Augenmerk legte die Junta auf die „Ent-Thaksinisierung“ des Staatsapparates. Hocharrangige

TRT-Funktionäre wurden verhaftet oder zumindest zu „Befragungen“ einbestellt. Mitglieder von Thaksins Netzwerk, die er im Laufe seiner Amtszeit in Schlüsselpositionen in Armee, Polizei und Verwaltung installiert hatte, wurden entfernt und durch der Junta loyal gegenüberstehende Personen ersetzt. „CEO-Gouverneure“ aus den ehemaligen Thaskin-Hochburgen wurden in andere Provinzen versetzt oder mit inaktiven Posten innerhalb des Innenministeriums ausgestattet. Untersuchungsgremien wurden eingesetzt, um die Korruptionsvorwürfe gegen Thaksin, offiziell ein Grund für den Putsch, zu untersuchen. Wohl auch, um einen unparteiischen Eindruck zu erwecken, beschränkte sich die Junta bei ihren Überprüfungen allerdings nicht nur auf Thai Rak Thai. Auch gegen die oppositionellen Demokraten wurde ein Verfahren wegen möglichen Wahlbetrugs bei der annullierten Parlamentswahl vom 02.04.2006 eingeleitet (vgl. Bangkok Post vom 28.03.2007). Der Anführer der PAD, Sonthi Limthongkul, wurde zwar einerseits von der Junta für seine Rolle bei den Anti-Thaksin-Protesten mit einer TV-Show im vom Militär kontrollierten *Channel 11* belohnt (vgl. The Nation vom 21.02.2007), andererseits jedoch von einem Gericht in Bangkok wegen Beleidigung des früheren stellvertretenden Transportministers Phumtham Wechayachai in erster Instanz zu zwei Jahren Haft verurteilt (vgl. The Nation vom 29.03.2007).

Am 19. April 2007 stellte das von der Junta eingesetzte „*Constitution Drafting Committee*“ den Entwurf der neuen Verfassung vor, die – ein Novum in der Geschichte Thailands – voraussichtlich im September 2007 durch eine Volksabstimmung legitimiert werden soll. Die neue Verfassung ist darauf angelegt, in Zukunft Machtkonzentrationen, wie sie unter Thaksin stattfanden, zu verhindern. So sollen unter anderem die Parteiliste und die 5%-Klausel abgeschafft und die Amtszeit des Premierministers auf zukünftig maximal zwei Legislaturperioden begrenzt werden. Auch die Entscheidungskompetenzen von Übergangsregierungen werden gemäß des Verfassungsentwurfs stark eingeschränkt. Die Rolle des Senats, der in der Vergangenheit als Sammelbecken von Familienmitgliedern von Parlamentsabgeordneten fungierte, wird durch die neue Verfassung

neu definiert: Er soll in Zukunft nicht mehr direkt vom Volk gewählt, sondern durch unabhängige Institutionen, wie z.B. die Wahlkommission, eingesetzt werden (vgl. Bangkok Post vom 24.04.2007).

Zunehmende Unzufriedenheit

Bislang hat sich die Junta an ihren Zeitplan zur Wiederherstellung der Demokratie gehalten und es spricht wenig dafür, dass das Militär versuchen wird, sich länger als angekündigt an der Macht zu halten. Gleichwohl ist es dem „Rat für nationale Sicherheit“ und der Regierung Chulanont offensichtlich nicht gelungen, die Welle der Zustimmung, die nach dem Putsch folgte, für sich zu nutzen. Ihre Umfragewerte haben inzwischen einen „historischen Tiefstand“ erreicht. Thais sind ungeduldig und erwarten Erfolge. Aber gerade diese kann die Junta in den Augen vieler Thais nicht bieten: Zwar hat die Junta die neue Verfassung auf den Weg gebracht und Thaksins Familie wurde inzwischen aufgefordert, mehr als 21 Mrd. Baht Steuerschulden aus dem Verkauf der Shin-Corporation nachzuzahlen (vgl. Bangkok Post vom 24.04.2007). Die drängendsten Probleme Thailands konnte aber auch die Junta bislang nicht lösen. Die Gesellschaft ist noch immer tief gespalten (vgl. Bangkok Post vom 23.04.2007). Der Konflikt in Südthailand hat sich trotz der Entschuldigung Chulanonts für die Massaker von Tak Bai seit dem Putsch deutlich verschärft (vgl. The Nation vom 13.02.2007). Auch durch ihre Wirtschaftspolitik steht die neue Regierung zunehmend unter Druck. Kapitalbeschränkungsmaßnahmen im Dezember lösten am Stock Exchange of Thailand die größten Kursverluste seit 1987 aus. Die Überarbeitung der *Foreign Business Act*, eigentlich gedacht, um in der Zukunft Geschäfte wie den Verkauf der Shin Corporation durch Thaksin, der die politische Krise in Thailand mitverursachte, zu verhindern, löste einen Aufschrei in der ausländischen Business-Gemeinde aus (vgl. The Nation vom 09.01.2007). Als Folge der politischen Unsicherheit ist das Konsumentenvertrauen inzwischen auf dem niedrigsten Stand seit 2001 und das Wirtschaftswachstum könnte, Analysten zufolge, 2007 auf unter 3% absinken (vgl. Bangkok Post vom 23.04.2007).

Ausblick

Bislang ist nur schwer abschätzbar, wie sich die politische Situation in Thailand in den kommenden Monaten entwickeln wird. Fest steht nur eines: der Druck auf die Junta wird sich weiter erhöhen. Die neue Verfassung mag die Schlupflöcher der Verfassung von 1997 schließen, birgt aber neue Konfliktpotenziale. Darüber hinaus stehen in den kommenden Monaten zwei Schlüsselentscheidungen an: das „Assets Examination Committee“ (AEC) wird seine Untersuchungsergebnisse über die Korruptionsvorwürfe gegen führende Mitglieder der Regierung Thaksin vorlegen und das Verfassungstribunal wird über die Wahlfälschungsvorwürfe gegen Thai Rak Thai und die Demokratische Partei entscheiden (vgl. the Nation vom 25.04.2007). Sollten beide Parteien verboten werden, sind weder die Reaktionen ihrer Unterstützer absehbar, noch ist klar, wer dann überhaupt zu den geplanten Neuwahlen antreten soll (vgl. Bangkok Post vom 23.04.2007). Der „Rat für nationale Sicherheit“ warnte die Regierung Chulanont vorsorglich vor zwei brisanten Monaten, in denen die „Feinde“ der Regierung mit allen Mitteln versuchen könnten, sie in Straßendemonstrationen unter Druck zu setzen (the Nation vom 25.04.2007).

Und was macht Thaksin? Er hat öffentlich seinen Rückzug aus der Politik erklärt (vgl. u.a. TAKAGI 2007), genießt sein „Rentnerdasein“ im Londoner Exil und überlegt Medienberichten zufolge, den englischen Fußballverein Manchester City FC zu kaufen (vgl. Bangkok Post vom 23.04.2007). Würde Thaksin bei der kommenden Parlamentswahl antreten, hätte er wohl durchaus Erfolgchancen. Seine Popularität ist gerade im ländlichen Thailand noch immer groß. Die Junta scheint seinen Beteuerungen, sich künftig nicht mehr politisch zu betätigen, daher auch nur bedingt Glauben zu schenken. Im Interview mit dem Time-Magazine (01.04.2007) sagte Putschistenführer Sonthi: „One can enter politics in many ways. You can control politics from behind the scenes. The most important thing in politics is money. If you have cash, you can have somebody to do things for you. I believe even if he says he is not entering politics, he can still control political parties. As to who will be in front, I cannot say.“

Es bleibt also spannend in Thailand. Man kann nur hoffen, dass die kommenden Monate so verlaufen werden, wie sich Thailand gerne bei ausländischen Touristen präsentiert: „smooth as silk“ – sanft wie Seide.

Literatur

- BAKER, C. (2007): *After the Thai coup: looking backwards, peering forwards.* – unveröffentlichter Entwurf. *Regional Outlook Forum*, 4. Januar 2007
- Beech, H. (2007): *Exclusive: Thailand's coup leader talks to TIME.* – In: *Time-Magazine* vom 01. März 2007. (<http://www.time.com/time/magazine/article/0,9171,1594996,00.html>, abgerufen am 24.04.2007)
- BÜNTE, M. (2006): *Putsch in Thailand: Rückkehr des Militärs in die Politik?* – In: *GIGA Focus Asien*, H. 10 (www.giga-hamburg.de/content/publikationen/pdf/gf_asien_0610.pdf), abgerufen am 04.04.2007)
- CRISPIN, S. W. (2007): *Sounding out Thaksin's rural legacy.* – In: *AsiaTimesOnline* vom 23. März 2007 (http://www.atimes.com/atimes/Southeast_Asia/IC23Ae01.html, abgerufen am 24.04.2007)
- MCCARGO, D. & UKRIST, P. (2005): *The Thaksinization of Thailand*, Copenhagen
- NELSON, M. H. (2006): *Militärputsch in Thailand – und nun? Eine Einschätzung zum Putsch vom 19. September 2006.* – In: *Südostasien* 22, H. 4, S. 48-51
- PASUK, P. & BAKER, C. (2002): *Thailand. Economy and Politics*, Oxford
- PASUK, P. & BAKER, C. (2004): *Thaksin. The business of Politics in Thailand*, Chiang Mai
- TAKAGI, J. (2007): *Former Thai PM Thaksin: 'I'm Calling It Quits.'* In: *Time-Magazine* vom 01. Februar 2007. (<http://www.time.com/time/magazine/article/0,9171,1584101,00.html>, abgerufen am 24.04.2007)
- BANGKOK POST, *verschiedene Ausgaben* (www.bangkokpost.com)
- THE NATION, *verschiedene Ausgaben* (www.nation-multimedia.com)

Dipl. Geogr. Martin Friese [friesem@web.de] ist Doktorand am Institut für Geographie der Universität Münster und promoviert über Tourismuskonflikte in Thailand.

Anzeige



Wem gehört die Stadt?

Singapur – das ist für die meisten Menschen hier zu Lande vor allem eine moderne Metropole in Südostasien, ein Wirtschaftswunderland und ein beliebter Zwischenstopp auf dem Weg zu den Ferneisezielen in Thailand, auf Bali und anderswo in der Region. Gleichzeitig haben drakonische Strafen für bereits kleinste Vergehen und eine anhaltend hohe Zahl von Hinrichtungen dem Stadtstaat über die Jahrzehnte auch im Ausland den Ruf eines autoritären Landes eingebracht. Und während selbst ehemalige Diktaturen wie Indonesien mittlerweile auf dem Weg der Demokratisierung sind, bleiben Meinungsfreiheit und politische Opposition in Singapur weiterhin eingeschränkt.

Autoritarismus und Repression sind zentrale Elemente einer Entwicklungspolitik, die Singapur zu einem der reichsten Staaten Südostasiens gemacht hat und die den Menschen im Land einen Wohlstand bescherte, der in der Region ohne Vergleich ist. Doch die sozialen Kosten dieses ‚autoritären Developmentalismus‘ sind hoch und das Buch zeigt auf, wer die Gewinner und wer die Verlierer dieser Politik sind. In sieben Essays spürt der Autor den vielschichtigen Formen dieser autoritären Politik in Singapur und ihren Auswirkungen auf das Alltagsleben der Menschen im Stadtstaat nach.

Rolf Jordan

Singapur - Globale Stadt und autoritärer Staat

erschienen im Horlemann Verlag, Bad Honnef
ISBN 978-3-89502-237-1 / 14,90 Euro